



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 30.04.2014

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit  
am Mittwoch, 07. Mai 2014, um 17:00 Uhr,  
Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden,  
„Salon“ , Murnaust.1, 65189 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 29.1.2014, 13.2.2014 und 19.3.2014
2. Kulturzentrum Schlachthof Wiesbaden

**3. 14-F-33-0049**

Folklore Festival

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.4.2014 -

Der Presse ist zu entnehmen, dass der Veranstalter des Folklore Festivals plant, für dieses Jahr keinen, im nächsten Jahr jedoch einen höheren Eintrittspreis zu verlangen. Zudem soll - laut Presseberichterstattung - die Veranstaltung nur an zwei statt wie bisher drei Tagen stattfinden.

*Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, dass dem Ausschuss das Konzept für Folklore 2014 vorgestellt wird.

**4. 14-F-03-0049**

„Keine Ausdehnung der Sommerferien auf einen 90-Tage-Korridor“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.4.2014 -

Mit einer Pressemitteilung wandte sich der Stadtjugendring an die Öffentlichkeit und die Fraktionen und bat um Unterstützung bei einer Initiative, die sich gegen die Ausweitung des bundesweiten Sommerferienkorridors auf 90 Tage ausspricht.

Die Probleme die der Stadtjugendring beschreibt, bestehen darin, dass wenn diverse Bundesländer überhaupt nicht mehr im gleichen Zeitraum Sommerferien haben, nicht mehr gewährleistet ist, dass Kinder und Jugendliche weiterhin ihre Freizeiten aus den vielfältigen Angeboten der Jugendverbände wählen können. Internationale Begegnungen, Zeltlager und andere Freizeiten können nur dann kostengünstig und mit kompetenter Betreuung angeboten werden, wenn den Ehrenamtlichen die Möglichkeit einer Teilnahme nicht genommen wird. Genau das wäre aber im Falle der geplanten Veränderung die Folge sein. Die vorlesungsfreie Zeit der Studierenden deckt sich dann beispielsweise nicht mehr mit den Ferienzeiten der potenziellen Teilnehmer\_innen. Dieses ehrenamtliche Engagement würde dann zukünftig fehlen. Aber auch Familien im Grenzbereich von zwei Bundesländern müssen sich von der Vorstellung eines gemeinsamen Urlaubs verabschieden. Die Teilnahme einer gesamtdeutschen Gruppe an internationalen Begegnungen wird ebenfalls unmöglich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich über die kommunalen Spitzenverbände gegen eine Ausweitung des Sommerferienkorridors auf 90 Tage auszusprechen.

**5. 14-F-08-0026**

**ANLAGE**

Keine Ausdehnung der Sommerferien auf einen 90-Tage-Korridor  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.4.2014 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich über den Hessischen Städtetag bzw. den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen,

1. dass der Zeitkorridor der Sommerferien nicht ausgedehnt wird,
2. dafür Sorge zu tragen, dass sich die Sommerferien der verschiedenen Bundesländer um mindestens zwei Wochen überschneiden.

(Siehe hierzu die Pressemitteilung des Stadtjugendrings Wiesbaden e.V. vom 28. März 2014 sowie das Schreiben des Stadtjugendrings vom 31. März 2014, die als Anlage beigefügt sind.)

**6. 14-F-33-0044**

Leistungen nach SGBII  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.4.2014 -

Wie der Presse zu entnehmen ist, ist die Zahl der so genannten „Aufstocker“, d.h. derjenigen Beschäftigten, die trotz ihres Einkommens zusätzlich Leistungen nach dem SGBII beziehen, um das Existenzminimum der Bedarfsgemeinschaft, in der sie leben, sicher zu können, vergleichsweise hoch. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass darunter auch ca. 40 % der Beschäftigten aus verschiedensten Gründen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Ebenso gibt es eine Reihe weiterer Einflüsse, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Daher ist es notwendig, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit sich tiefergehend mit diesem Thema auseinandersetzt.

*Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Faktoren im Zusammenspiel einen Ausstieg aus dem Leistungsbezug (SGBII) bedingen könnten, bezogen auf
  - a. Haushaltskonstellation
  - b. Einkommen
  - c. Mietpreis
2. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden zur möglichst dauerhaften Integration von Personen im Langzeitbezug ergreift und welche Instrumente aus fachlicher Sicht ggfls. weiterführend benötigt werden würden.

## 7. 14-F-33-0045

Weiterentwicklung der SGB-II-Berichterstattung in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.4.2014 -

Bereits bei Einführung des SGB II wurde seitens des Bundesgesetzgebers die Entwicklung eines Indikators zur Abbildung von Integrationsfortschritten geplant, mit dessen Hilfe die individuellen Fortschritte angezeigt werden können (§ 54 SGB II). Bisher wurde ein solcher Integrationsindikator - in der Berichterstattung des Bundes oder in der SGB-II-Berichterstattung in Wiesbaden - noch nicht ausgewiesen.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. ob mittlerweile ein Integrationsindikator entwickelt wurde bzw. wie der diesbezügliche Sachstand ist oder das Vorhaben gestoppt wurde;
2. ob und wenn ja, wie sich die Stadt bei der Erarbeitung mit ihrem Fachwissen eingebracht hat bzw. ob bzw. welche Vorarbeiten sie geleistet hat;
3. ob bzw. wann mit der Aufnahme einer bundeseinheitlichen oder einer Wiesbadener Lösung in die SGB-II-Berichterstattung der Stadt zu rechnen ist.

## 8. 14-F-33-0048

Kindeswohlgefährdung in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 23.4.2014 -

Nach Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes beauftragte die StVV mit Beschluss Nr. 0494 vom 04.10.2012 den Magistrat mit der Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen im Sinne dieses Gesetzes, um die Bekämpfung der Kindeswohlgefährdung in- und auch außerhalb der Familie in Wiesbaden zu optimieren. Ein Baustein bildet dabei die Einrichtung der Fachstelle Kinderschutz, die im Netzwerk mit den freien Jugendhilfeträgern und anderen Kooperationspartnern ihrem Auftrag nachkommt.

*Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die heutige Situation der Kindeswohlgefährdung in Wiesbaden darstellt,
2. wie sich die Fallzahlen der Kindeswohlgefährdung in den letzten zehn Jahren entwickelt haben,
3. welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindeswohlgefährdung in- und außerhalb der Familien in Wiesbaden im Einzelnen zur Verfügung stehen,
4. wie die neugeschaffene Fachstelle Kinderschutz in diese Maßnahmen einzuordnen ist,
5. was die Fachstelle Kinderschutz bisher für Aufgaben übernommen hat, und
6. welche Aufgaben die Fachstelle in Zukunft übernehmen wird.

**9. 14-F-33-0051**

Beratungsstelle Besser Leben im Alter durch Technik  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 31.3.2014 -

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert im gesamten Bundesgebiet mit 4,4 Millionen Euro den Aufbau von Beratungsstellen „Besser leben im Alter durch Technik“. Ziel des Programms ist es, ältere Menschen durch ‚proaktive, direkte und niedrigschwellige Ansprache und Beratung‘ sowie die Bereitstellung von Informationsmaterialien an technische Assistenzsysteme und Dienstleistungen heranzuführen.

Wiesbaden bekommt Fördergelder in Höhe von rund 180.000 Euro für die Einrichtung einer Beratungsstelle.

*Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in Wiesbaden bereits eine Beratungsstelle „Besser Leben im Alter durch Technik“ gibt.

- Wenn nicht:  
Wann wird die Beratungsstelle in Betrieb gehen?
- Wenn ja:  
Seit wann gibt es die Beratungsstelle?  
An welchem Ort ist die Beratungsstelle beheimatet und wie wird sie beworben?  
Wie viel Personal hat die Beratungsstelle und unter welchen Gesichtspunkten wurde das Beratungspersonal ausgewählt?  
Welche Beschlüsse liegen der Einrichtung zugrunde?  
Leistet die Stadt über die Bundesförderung hinaus einen finanziellen Beitrag?

**10. 13-F-33-0080**

**ANLAGE**

JULEICA  
- *Bericht des Dezernates II vom 25.3.2014* -

**11. 14-F-03-0004**

**ANLAGE**

Bericht zu CSR Regio.Net Wiesbaden  
- *Bericht des Dezernates II vom 1.4.2014* -

**12. 14-F-33-0008**

**ANLAGE**

Sozialräumliche Pflege  
- *Bericht des Dezernates II vom 11.3.2014* -

13. 13-F-05-0013 ANLAGE

Bilanz der Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.3.2014* -

14. 14-F-03-0034 ANLAGE

Zukünftige Situation von Hebammen sowie Fachärztinnen und Fachärzten in der Geburtshilfe  
- *Bericht des Dezernates VI vom 16.4.2014* -

15. 13-F-03-0067 ANLAGE

Nichtraucherschutz in der City-Passage  
- *Bericht des Dezernates VII vom 19.3.2014* -

16. 13-F-03-0109 ANLAGE

Rauchverbot auf Kinderspielplätzen  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.3.2014 (BP 0050)* -

17. 13-F-33-0079 ANLAGE

Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderem Bedarf  
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.3.2014 (BP 0048)* -

18. 14-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

19. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 13-V-20-0094 DL 21/14-1 NÖ

Feierabendheim Simeonhaus GmbH; Verkauf der Grundstücke und Aufbauten

2. 14-V-01-0013 DL 25/14-2

Jahresbericht 2013 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

3. **14-V-20-0028** **DL 23/14-1 NÖ**  
Bürgschaft Nr. 601 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Wiesbaden mbH (GeWeGe)
4. **14-V-20-0029** **DL 23/14-2 NÖ**  
Bürgschaft Nr. 602 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH
5. **14-V-20-0033** **DL 25/14-3 NÖ**  
Bürgschaft Nr. 604 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH (GeWeGe)
6. **14-V-51-0003** **DL 25/14-8**  
Wohnungsbauprogramm 2013 - Ausführungsvorlage
7. **14-V-51-0009** **DL 21/14-9**  
Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss
8. **13-V-51-0045** **DL 26/14-1**  
Landesprogramm "Aktive Kernbereiche, Wiesbaden City-Nordwest + Süd"
9. **14-V-80-8001** **DL 21/14-11**  
Projekt Wohnbetreuer - Verlängerung 2014 bis 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth  
Vorsitzender